

Das Anti-Solidarsystem

Alle wollen jetzt die EU-Flüchtlingsregeln reformieren. Es geht um eine gerechtere Lastenverteilung. Gerecht war das System nie. Es spielt Staat gegen Staat aus. Und sorgt für Streit.

Ein Kommentar von Kerstin Witte-Petit

Solidarität meint irgendwie immer die anderen. Italien braucht dringend europäische Solidarität, weil dort seit Jahresanfang 93.000 Flüchtlinge angekommen sind. Griechenland brauchte sie 2015, als dort Hunderttausende Flüchtlinge europäischen Boden betraten, – und bekam sie so wenig, wie Italien sie heute bekommt. Stattdessen wollen alle mal wieder das Dublin-System reformieren. Es wäre dann Dublin IV.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) redet erst von Solidarität, seit Deutschland 2015 fast eine Million Flüchtlinge aufnahm. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz forderte diese Woche einen europäischen Solidarpakt. Dublin reformieren!, schallt es aus dem EU-Parlament, aus der EU-Kommission, aus jeder politischen Partei. Gemeint ist: Wir müssen die Slowakei, Ungarn und die anderen Staaten im Osten der EU, die sich unverschämterweise der Solidarität verweigern, zur Aufnahme von Flüchtlingen zwingen.

Nur: Wann ist das Dublin-System je solidarisch gewesen? Hier ist kein Solidarsystem unter dem Druck der Flüchtlingskrise zusammengebrochen. Dublin war von Anfang an ein Anti-Solidarsystem und war auch nie anders gemeint, schon gar nicht von den Deutschen. Die drangen massiv auf dieses Konzept und änderten dazu passend vor 24 Jahren ihr Asylrecht – mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD. Seitdem ist für jeden, der in Europa Schutz sucht, der Einreiseweg entscheidend: Dort, wo ein Flüchtling europäischen Boden betritt, muss er auch sein Asylverfahren bekommen. Von Anfang an waren die Staaten inmitten der EU fein raus, sie regelten ihre Asylprobleme antisolidarisch auf Kosten der Länder an den Außengrenzen. Es wäre auch anders gegangen.

Die EU statt einzelner Staaten muss zuständig werden für Asylverfahren. Sie muss nach einem klar festgelegten Schlüssel die Flüchtlinge verteilen, egal, wo sie angekommen sind. Nur dann gibt es überhaupt eine winzige Chance, dass eines Tages EU-Hotspots auf afrikanischem Boden eröffnet werden, die Asylanträge schon außerhalb der EU-Grenzen bescheiden.

Dublin muss nicht reformiert werden. Dublin gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.